

Dezernat II

Verantwortung:

Ausschuss:

Verwaltungsausschuss

Dezernatsleitung:

Michael Laßmann



Produktbereich 11

Innere Verwaltung

11.13 Rechnungsprüfung

11.23 Justizariat

11.31 Kommunalaufsicht

Produktbereich 12

Sicherheit & Ordnung

12.10 Statistik & Wahlen

12.20 Ordnungswesen

12.22 Ausländer- und
Einbürgerungswesen

12.23 Personenstandswesen

12.26 Veterinärwesen und
Lebensmittelüberwachung

12.60 Brandschutz

12.70 Rettungsdienst

12.80 Katastrophenschutz

Produktbereich 41

Gesundheit & Sport

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege*

Produktbereich 42

Sport & Bäder

42.10 Förderung des Sports

Produktbereich 52

Baurecht

52.10 Baurecht*

52.20 Wohnraumförderung

52.30 Denkmalschutz

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 2

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis unterstützt alle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Erkrankungen und gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen. Die Vorschuluntersuchung wird flächendeckend durchgeführt.

Der Landkreis senkt die kreisweiten Treibhausgasemissionen, wirkt auf Energiesparen und eine effizientere Energienutzung hin und fördert den Einsatz regenerativer Energien.

Der Landkreis fördert eine bedarfsgerechte und moderne ambulante und stationäre medizinische Versorgung und Pflege im urbanen und ländlichen Raum.

Zielbeiträge 2017

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis unterstützt alle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Erkrankungen und gesundheitsschädlichen Umwelteinflüssen. Die Vorschuluntersuchung wird flächendeckend durchgeführt.

■ Wirkungsziele 2017 – PG 41.40

- Verringerung der Anzahl impfpräventabler Infektionserkrankungen im Landkreis Lörrach.
- Die auf den landkreisbezogenen ermittelten Daten aus den Bereichen Infektionsschutz, Umwelthygiene, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Gesundheitsförderung sowie amts- und gerichtsärztlicher Dienst sind Grundlage für zielgerichtetes gesundheitspolitisches Handeln.
- Das gute und regional ausgeglichene medizinische Versorgungsangebot im Landkreis ist auch zukünftig gesichert.

Auch 2017 wurde die Arbeit an den neuen Schwerpunkten des Gesetzes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) fortgesetzt. Neben den Bereichen der Gesundheitsförderung und Prävention sind dies vor allem die Gesundheitsplanung und die Gesundheitsberichterstattung. Die den Gesundheitsämtern obliegende Gesundheitsberichterstattung umfasst die Beobachtung, Beschreibung und Bewertung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung, die Erhebung von Daten zur gesundheitlichen Situation der Bevölkerung und Übermittlung dieser Daten in anonymisierter Form an die zuständigen Landesbehörden und soweit erforderlich die Durchführung epidemiologischer Untersuchungen zu gesundheitlichen Fragestellungen. Der Ausbau der Gesundheitsberichterstattung soll daher 2018 konkret angegangen werden.

Das Monitoringprojekt zur Bekämpfung der Asiatischen Tigermücke (Überträgerin tropischer Erkrankungen wie z.B. Denguefieber) wurde in Zusammenarbeit mit der KABS (Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnaken) abgeschlossen. Es war und ist das Ziel ein Sesshaftwerden zu verhindern. Nach eher vereinzelt festgestellten im Bereich der Bundesautobahn, gab es einen größeren Befund im Lörracher Stadtgebiet. Hier wurde die Bekämpfung durch die Ortspolizeibehörde mit Unterstützung der KABS unmittelbar eingeleitet. 2018 werden wir an die Ergebnisse anknüpfen und weitere Monitoringmaßnahmen durchführen.

Der Aufbau des Netzwerkes zu Multiresistenten Erregern wird fortgesetzt.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis senkt die kreisweiten Treibhausgasemissionen, wirkt auf Energiesparen und eine effiziente Energienutzung hin und fördert den Einsatz regenerativer Energien.

■ Wirkungsziel 2017 - PG 52.10

- Die Energieeffizienz ist erhöht und der Anteil an erneuerbaren Energien (Wärme und Strom) gesteigert im Gebäudesektor allgemein.

Die Themen Energie und Klimaschutz sind fester Bestandteil im Aufgabenfeld des Fachbereiches Baurecht. Neben dem bereits länger in Gebrauch befindlichen Flyer für Gemeinden, in welchem die energetischen Gestaltungsmöglichkeiten zur Umsetzung der Klimaschutzziele in den verschiedenen Phasen der Städtebauplanung aufgezeigt werden, hat der FB Baurecht interkommunal eine Informationsbroschüre für bau- und sanierungswillige Bürger erstellt, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird.

Die Klimaschutzstelle im Fachbereich Baurecht setzt weiterhin mit Erfolg die Wärmegesetze und die Energie-Einsparverordnung um. Die Beratung wird sowohl von Bürgern als auch anderen Beteiligten (Heizungsbauunternehmen, Gemeinden usw.) nach wie vor in Anspruch genommen und leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Klimaschutzzielen des Bundes / Landes 2020 und der Zukunftsstrategie 2025 des Landkreises Lörrach.

Die Fallzahlen sind nochmals weiter gestiegen. Eine Prüfung der erforderlichen Stellenanteile bzw. Aufgabenkritik ist daher zu prüfen. Die geplanten Stichprobenkontrollen zu den 2017 durchgeführten Bauverfahren konnten aufgrund personeller Vakanzes und den gestiegenen Fallzahlen nur in geringem Umfang durchgeführt werden.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert eine bedarfsgerechte und moderne ambulante und stationäre medizinische Versorgung und Pflege im urbanen und ländlichen Raum.

■ Wirkungsziel 2017 – PG 41.40

- Das gute und regional ausgeglichene medizinische Versorgungsangebot im Landkreis ist auch zukünftig gesichert.

Der Landkreis übernimmt im Bereich der Medizinischen Versorgung eine vernetzende und koordinierende Rolle. Hierbei steht insbesondere die Arbeit der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Mittelpunkt. Gesetzlicher Auftrag ist die Beratung, Koordinierung und Vernetzung von Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention, der medizinischen Versorgung, der Pflege und der Rehabilitation mit örtlichem Bezug.

Im Oktober 2017 wurden im Kreistag die Ergebnisse der prospektiven Bedarfsanalyse zur hausärztlichen Versorgung vorgestellt. Die Analyse konnte bereits bekannte Aspekte im Bereich der zukünftigen Versorgung mit basisärztlichen Leistungen vertiefen und Handlungsbedarf an verschiedenen Stellen aufzeigen und konkretisieren. Insgesamt hat der Kreistag aufgrund des Berichts 38 Handlungsempfehlungen aus drei Handlungsfeldern beschlossen.

Besonders erwähnenswert sind die unmittelbar beschlossenen und eingeleiteten Maßnahmen, die man unter der Überschrift „Nachwuchsoffensive“ zusammenfassen kann. Im Jahr 2018 beteiligt sich der Landkreis in diesem Rahmen direkt an der Förderung der Einrichtung einer Rotationsstelle für die Allgemeinmedizin im Kreiskrankenhaus, an einem Budget für die spezifische Förderung von Weiterbildungsassistenten und einem Budget für die gezielte Werbung bei Studenten.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2017

Maßnahmen der Gesundheitspflege

Die organisatorischen Veränderungen im Fachbereich Gesundheit nach der Novellierung des ÖGDG wurden abgeschlossen. Der Fachbereich besteht nun aus den beiden Sachgebieten Gesundheitsförderung/Kinder- & Jugendgesundheitsdienst und Gesundheitsschutz, sowie der Stabsstelle der Gesundheitskonferenz.

Ein weiterer Schwerpunkt neben den oben beschriebenen Maßnahmen der Strategie besteht in der Trinkwasserüberwachung, deren Anforderungen in den letzten Jahren nochmals angepasst wurden. Die europäische Trinkwasserrichtlinie und die deutsche Trinkwasserverordnung geben dazu den Rahmen vor. Für die Reinheit und gesundheitliche Unbedenklichkeit von Trinkwasser sind die Wasserversorgungsunternehmen und Inhaber von Wasserversorgungsanlagen, einschließlich Trinkwasser-Installationen, verantwortlich. Sie werden von der Trinkwasserüberwachung im Fachbereich Gesundheit unterstützt und überwacht.

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Durch die längere Vakanz der Fachbereichsleitung kam es zu längeren Bearbeitungszeiten und Bearbeitungsrückständen, so dass die gesetzten Ziele im Bereich der Kontrolltätigkeiten nicht vollständig erreicht werden konnten. Glücklicherweise konnte nun Frau Dr. Kostorz als neue Fachbereichsleiterin zum 01.01.2018 ihren Dienst antreten.

Der Bereich Tiergesundheit hat im letzten Quartal tierseuchenrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest festgesetzt. Die Einrichtung von Verwahrstellen wird vorbereitet und Beschaffungen auf der Grundlage eines entsprechenden Erlasses des Ministeriums für den Ländlichen Raum wurden bereits durchgeführt. Mehrkosten entstanden dazu im Jahr 2017 noch nicht, könnten aber im Haushaltsvollzug 2018 auftreten.

Kommunalaufsicht / Rechnungsprüfung / Wahlen

Bei der Kommunalaufsicht machen sich die Umstellungen der Gemeinden auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht bemerkbar. In der Übergangszeit müssen parallel sowohl das kamerale als auch das Neue Haushaltsrecht bearbeitet werden. Außerdem müssen nach und nach die Eröffnungsbilanzen aller Gemeinden, die der überörtlichen Prüfung durch das Landratsamt unterstehen, umfangreich geprüft und bewertet werden.

Bei der örtlichen Prüfung konnten die im Prüfungsplan avisierten Prüfungsschwerpunkte zu großen Teilen durchgeführt werden. Durch unvorhergesehene Sachverhalte und Beratungen war es aber auch erforderlich, flexibel zu reagieren und die Prüfungsschwerpunkte in Einzelfällen zu verschieben.

Die Bundestagswahl 2018 konnte ordnungsgemäß durchgeführt werden. Da die Kosten für den Druck der Stimmzettel und die Öffentlichen Bekanntmachungen geringer als kalkuliert ausgefallen sind, konnten leichte Einsparungen erzielt werden.

Justizariat

Die Stabsstelle Recht ist als zentraler Dienstleister für Rechtsfragen im Landratsamt etabliert. Ein weiterer finanziell relevanter Posten in dieser Produktgruppe sind die Aufwendungen für Versicherungen, die teilweise zentral hier abgebildet werden. Auch für das Jahr 2017 waren hier erhebliche Beitragssteigerungen festzustellen, insbesondere für den Bereich der Unfallversicherung.

Baurecht

Der Fachbereich Baurecht zog im Jahr 2017 in die neue Außenstelle im Entenbad in Lörrach-Hauingen um. Trotz des Aufwandes in Vorbereitung und Durchführung konnte das Projekt ohne größere Einschränkungen in den Dienstleistungen abgewickelt werden und der Fachbereich kann die Bürgerinnen und Bürger nun in neuen Räumlichkeiten begrüßen.

Nachdem die Fallzahlen zu Beginn des Jahres stagnieren zu schienen, wurden gerade im zweiten Halbjahr doch noch viele Verfahren beantragt. Hierzu zählten auch einige größere Projekte, die zu entsprechenden Gebühreneinnahmen führten.

Auch ansteigend sind ordnungsrechtliche Verfahren, in denen gegen baurechtswidrige Zustände vorgegangen werden muss.

Sicherheit und Ordnung

Alle Spielhallenerlaubnisse in Baden-Württemberg, die nach der Gewerbeordnung erteilt wurden, verloren 2017 ihre Gültigkeit und mussten nach dem Landesglücksspielgesetz (LGlüG) neu entschieden werden. Diese Neuregelung führte zu einer Befristung bis hin zur Versagung der neu zu erteilenden Erlaubnisse zum Betrieb einer Spielhalle. Betroffen davon waren in unserem Zuständigkeitsbereich an 11 verschiedenen Spielhallenstandorten insgesamt 21 Spielhallen. Entsprechend der landesweiten Entwicklung haben auch im Landkreis Lörrach alle Spielhallenbetreiber Widerspruch gegen die Entscheidungen eingelegt.

Die aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen, die teilweise auch Grundlage für Maßnahmen im Bereich der Integration werden, konnte das Sachgebiet Ausländerwesen auch 2017 zeitnah gewährleisten. Die Zahl der Ausländer 2017 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 16.000 auf rd. 16.700 Personen erhöht. Der Schwerpunkt der Sachbearbeitung im Ausländerwesen verlagert sich durch abgeschlossene Asylverfahren zunehmend vom Asylrecht zum allgemeinen Ausländerrecht.

Im Waffenrecht wurde 2017 durch eine Änderung des Waffengesetzes eine Amnestieregelung bis 01.07.2018 für die Abgabe von Waffen eingeführt. Bis 31.12.2017 wurden 23 Lang- und Kurzwaffen sowie 250 Stück Munition bei der Waffenbehörde zur Vernichtung abgegeben. Die waffenrechtlichen Entscheidungen konnte das Sachgebiet Kreispolizei auch 2017 zeitnah gewährleisten. Die Zahl der Waffenbesitzer blieb mit 1.349 Personen sowie rund 7.000 erlaubnispflichtigen Schusswaffen im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend konstant. Der Fokus der Überprüfungen für 2018 liegt bei waffenrechtlichen Aufbewahrungskontrollen bei Schützenvereinen.

Zur Verbesserung der Arbeit der Verwaltungsstabsbereiche im Katastrophenschutz fand 2017 eine mehrtägige Schulung an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz - AKNZ-, einer Einrichtung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, statt. Gemeinsam mit Vertretern aus Führungsstab, Polizei und Bundeswehr wurden die Leiter der Verwaltungsstabsbereiche des Landratsamts in der Stabsarbeit geschult.

Die Planung für einen Massenanfall von Verletzten (MANV) wurde in 2017 neu gefasst und überarbeitet und im Rahmen von Übungen in einzelnen Teilbereichen überprüft. Für 2018 wird die Gesamtplanung zum MANV einsatzfähig fertiggestellt.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2017

PG THH 2	PLAN 2017	IST 2017	Abw eichung 2017	Erläuterung
11.13	-233.125	-236.153	-3.028	Im Wesentlichen planmäßig
11.23	-356.826	-322.123	34.703	Minderaufw endungen durch Personalvakanz
11.31	-284.191	-267.902	16.288	Minderaufw endungen durch Personalvakanz
12.10	-46.553	-29.782	16.770	Leichte Minderaufw endungen beim Stimmzetteldruck
12.20	-449.100	-352.711	96.389	Erhöhte Erträge im Bereich gew erberechtigter Erlaubnisse
12.22	-772.172	-657.015	115.156	Minderaufw endungen durch Personalvakanz und w eiterhin gesteigerte Fallzahlen
12.23	-44.761	-46.250	-1.489	Im Wesentlichen planmäßig
12.26	-1.221.806	-1.190.703	31.103	Im Wesentlichen planmäßig
12.60	-344.630	-350.255	-5.625	Im Wesentlichen planmäßig
12.70	-681.126	-681.184	-58	
12.80	-283.084	-247.449	35.636	Minderaufw endungen durch Personalvakanz
41.40	-800.762	-727.464	73.297	Mittel für Analyse im Bereich der Medizinischen Versorgung w erden übertragen
42.10	-2.500	-2.450	50	
52.10	125.152	314.431	189.280	Weiter andauernde Fallzahlensteigerung, Bauverfahren in größerem Umfang insb. im vierten Quartal
52.20	-16.046	-17.445	-1.399	
52.30	-87.728	-89.064	-1.336	
gesamt	-5.499.258	-4.903.521	595.737	

Weiterführende Erläuterungen

Der Teilhaushalt 2, Recht, Ordnung & Gesundheit, schließt das Jahr 2017 mit einem ordentlichen Ergebnis von -4.903.521 EUR ab. Damit konnte gegenüber dem Planansatz in Höhe von -5.499.258 EUR eine Verbesserung in Höhe von 595.737 EUR erzielt werden.

Ein wesentlicher Faktor sind weiterhin die vorübergehenden oder bereits länger andauernden Personalvakanzten. Es wurde leider in mehreren Fällen notwendig, zu besetzende Stellen ein zweites oder sogar drittes Mal auszuschreiben. Dies führte zu Minderaufwendungen im Personalbereich in Höhe von 131.650 EUR. Außerdem zog die Entwicklung der Fallsteigerungen, insbesondere in den Bereichen Baurecht und Einbürgerungen, auch im Jahr 2017 weiter an, so dass es hier trotz entsprechender Erhöhungen bereits im Planansatz zu Mehrerträgen kam, vor allem bei den Verwaltungsgebühren und auch bei den Bußgeldern.

Ein Vergleich mit dem THH 2 des Vorjahres zeigt, dass sich die dort festgestellte Entwicklung weiter fortgesetzt und sogar verstärkt hat. Entsprechend wurden die Planansätze für Verwaltungsgebühren auch für den Haushalt 2018 bereits weiter angehoben und mit dem Haushalt eine pauschale Kürzung der Personalaufwendungen vorgenommen. Die beschriebene Entwicklung sorgt aber auch für das Haushaltsjahr 2017 dafür, dass der Mittelbedarf zwar weiter leicht ansteigend ist, aber unter der Haushaltsprognose liegt.

Investitionen 2017

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2016 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2017 PLAN	2017 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahres 2018-2020
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.60	Stromerzeuger	2017	-50.000			-50.000	0	-50.000	
12.70	Digitalfunk Integrierte Leitstelle	2016	-225.000		-225.000	0	-6.237		
	Anteil DRK		87.500						
	Zuschuss Land		50.000						
	Saldo Sprechfunk		-87.500		-225.000		-6.237		
12.70	Digitale Alarmumsetzer	2017	-550.000			-550.000	-12.117	-445.000	
	Zuschuss Land		105.000			105.000	0		
	Saldo Digitale Alarmierung		-445.000			-445.000	-12.117	-445.000	
XX.XX	Rückflüsse aus Ausleihungen und Veräußerung von bew. Anlagevermögen	fortlaufend / 2017	83.132			11.000	31.724		14.600
XX.XX	Software, bew. Anlagevermögen und Beteiligungen	fortlaufend			-50.200	-63.500	-24.703	-36.000	-63.500
	Saldo aus Investitionstätigkeit		-499.368	0	-275.200	-547.500	-11.333	-531.000	-48.900

Erläuterungen zu den Investitionen 2017

Der Schwerpunkt bei den Investitionen im Jahr 2017 lag bei der Erneuerung des Netzes für die digitale Alarmierung der Feuerwehren, der Rettungsdienste und des THW im Landkreis Lörrach mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 550.000 EUR. Durch Lieferschwierigkeiten konnte der Einbau der Geräte und die Umschaltung auf die neue Technik im ersten Quartal 2018 realisiert und somit abgeschlossen werden.

Die Auszahlungen für die Erneuerung des Netzes für die digitale Alarmierung der Feuerwehren beliefen sich in 2017 auf rd. 12.100 EUR. Das DRK hat zudem ein Zuschuss für den Digitalfunk der Integrierten Leitstelle in Höhe von 6.200 EUR erhalten. Des Weiteren wurden im Bereich des Feuerwehrwesens eine Flugdrohne (2.800 EUR), ein Chemikalienschutzanzug (3.200 EUR) sowie ein Warnbalken (Blaulicht) für ein Fahrzeug (1.900 EUR) angeschafft.

Außerplanmäßige Anschaffungen wurden im Bereich Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung in Form vom Erwerb von Kadaverkühlboxen (9.100 EUR) getätigt. Diese werden wiederum vom Land in 2018 refinanziert.

Durch den Umzug in das neue Verwaltungsgebäude im Entenbad, musste der Bereich Baurecht neue Ausstattungen für einen Besprechungsraum (5.800 EUR) anschaffen.

Die für 2017 geplanten Anschaffungen der Stromerzeuger und Tauchpumpen sind erfolgt, diese führten jedoch erst in 2018 zu Auszahlungen. Die Abschlusszahlungen für die Erneuerung des Netzes für die digitale Alarmierung der Feuerwehren sowie die Zahlung des Zuschuss zum TR-Notruf der Integrierten Leitstelle erfolgten auch erst in 2018.

Der Schwerpunkt im investiven Bereich für 2018 wird in der Ersatzbeschaffung von Geräten zur Messung radioaktiver Strahlung liegen. Es handelt sich dabei um zwei Kontaminationsmonitore, Multistrahlenmessgeräte sowie eines spektroskopischen Personenstrahlungsdetektors mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 25.200 EUR. Außerdem ist die Vergabe einer mobilen Kommunikationseinrichtung als Ersatz für den nicht mehr dem Stand der Technik entsprechenden Einsatzleitwagen ELW 2 vorgesehen. Dazu sind 50.000 EUR in 2018 und 500.000 EUR in 2019 im Haushalt eingestellt.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässiger Mehraufw. 2017	Ermächtigungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.714.673,84	1.545.200	2.364.165,95	818.965,95	346.500,00	0	472.465,95-	0
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen	31.958,71	54.300	38.218,75	16.081,25-	0	0	16.081,25	0
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	137.875,15	138.800	131.581,31	7.218,69-	0	0	7.218,69	0
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.464,17	0	4.704,93	4.704,93	0	0	4.704,93-	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	169.572,36	161.000	164.525,81	3.525,81	3.100,00	0	425,81-	0
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	268,39	200	204,87	4,87	0	0	4,87-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	510.017,28	449.000	36.500,00	412.500,00-	0	0	412.500,00	0
11	= Ordentliche Erträge	2.565.829,90	2.348.500	2.739.901,62	391.401,62	349.600,00	0	41.801,62-	0
12	- Personalaufwendungen	5.325.298,45-	5.793.222-	5.661.567,96-	131.654,28	33.800,00-	0	165.454,28-	28.000,00-
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	627.752,23-	592.628-	608.158,74-	15.530,38-	3.873,60-	39.800,00-	28.143,22-	14.200,00-
15	- Abschreibungen	92.765,42-	222.296-	144.388,62-	77.906,94	0	0	77.906,94-	0
17	- Transferaufwendungen	413.051,33-	256.800-	252.062,11-	4.737,89	2.064,23	0	2.673,66-	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	905.430,02-	982.812-	977.245,52-	5.566,68	299.882,33-	11.000,00-	316.449,01-	86.400,00-
19	= Ordentliche Aufwendungen	7.364.297,45-	7.847.758-	7.643.422,95-	204.335,41	335.491,70-	50.800,00-	590.627,11-	128.600,00-
20	= Ordentliches Ergebnis	4.798.467,55-	5.499.258-	4.903.521,33-	595.737,03	14.108,30	50.800,00-	632.428,73-	128.600,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	1.103.664,30	1.308.859	1.203.271,15	105.587,48-	0	0	105.587,48	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	94.074,97-	103.912-	123.199,67-	19.287,70-	0	0	19.287,70	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	814.369,95-	793.026-	762.126,54-	30.899,06	0	0	30.899,06-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	698.526,43-	829.392-	737.245,87-	92.145,79	0	0	92.145,79-	0
54	- Aufwand für IuK	264.771,69-	259.579-	264.206,30-	4.627,46-	0	0	4.627,46	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	326.818,20-	388.466-	364.865,54-	23.600,11	0	0	23.600,11-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	1.608.924,60-	1.790.617-	1.442.046,62-	348.570,22	0	0	348.570,22-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	2.703.821,54-	2.856.132-	2.490.419,39-	365.712,54	0	0	365.712,54-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	7.502.289,09-	8.355.390-	7.393.940,72-	961.449,57	14.108,30	50.800,00-	998.141,27-	128.600,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässige Mehrausz. 2017	Ermächti- gungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.502.863,18	2.294.200	2.568.403,95	274.203,95	349.600,00	0	75.396,05	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.181.732,62-	7.625.463-	7.490.928,15-	134.534,44	335.491,70-	50.800,00-	520.826,14-	128.600,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.678.869,44-	5.331.263-	4.922.524,20-	408.738,39	14.108,30	50.800,00-	445.430,09-	128.600,00-
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	84.400,00	121.000	0	121.000,00-	0	0	121.000,00	0
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	6.794,92	0	14.557,69	14.557,69	0	0	14.557,69-	0
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	5.300,00	11.000	17.166,30	6.166,30	0	0	6.166,30-	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	96.494,92	132.000	31.723,99	100.276,01-	0	0	100.276,01	0
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	550.000-	12.117,06-	537.882,94	0	0	537.882,94-	445.000,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	469.869,11-	129.500-	30.290,35-	99.209,65	15.118,10	275.200,00-	359.291,55-	86.000,00-
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	250,00-	0	650,00-	650,00-	650,00-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	470.119,11-	679.500-	43.057,41-	636.442,59	14.468,10	275.200,00-	897.174,49-	531.000,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	373.624,19-	547.500-	11.333,42-	536.166,58	14.468,10	275.200,00-	796.898,48-	531.000,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	5.052.493,63-	5.878.763-	4.933.857,62-	944.904,97	28.576,40	326.000,00-	1.242.328,57-	659.600,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	5.052.493,63-	5.878.763-	4.933.857,62-	944.904,97	28.576,40	326.000,00-	1.242.328,57-	659.600,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

In finanzieller Hinsicht sind im THH 2 keine größeren Chancen oder Risiken erkennbar.

Der Teilhaushalt ist im Wesentlichen geprägt durch klassische Aufgaben der Verwaltung, überwiegend im Bereich der Unteren Verwaltungsbehörde. Entscheidende Größe für das finanzielle Volumen sind hier die Personalaufwendungen, durch die die benötigte Verwaltungskraft zur Verfügung gestellt wird.

Der Stellenplan als maßgebliche Plangröße hat für das Haushaltsjahr 2018 im THH 2 in der Summe Stelleneinsparungen vorgesehen. Der Bedarf zur Aufgabenerfüllung ist damit aber weiterhin gedeckt. Die Personalrekrutierung bleibt dabei weiter eine Herausforderung.

Auf der Ertragsseite wurden entsprechend der vorab dargestellten Ergebnisse auch weiterhin Erhöhungen für die Bereiche der Verwaltungsgebühren und Bußgelder eingeplant. Es wird sich zeigen, inwieweit die bisherigen Steigerungsraten bei den Fallzahlen auch 2018 unvermindert zu beobachten sein werden.

Besonders wichtig erscheint für das bereits begonnene Jahr 2018 auch wieder die Arbeit in den Strategischen Schwerpunktbereichen. Hinter den hier eingeplanten Aufwendungen stecken zielgerichtete Maßnahmen in Zukunftsthemen des Landkreises. Als ein Beispiel sei das Thema Medizinische Versorgung genannt. Hier sollte an das vergangene Jahr angeknüpft werden und die zur Verfügung gestellten Mittel im Sinne der vereinbarten Ziele möglichst effektiv eingesetzt werden.

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ziele & Kennzahlen

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Verringerung der Anzahl impfpräventabler Infektionserkrankungen im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
B	S Die auf den landkreisbezogenen ermittelten Daten aus den Bereichen Infektionsschutz, Umwelthygiene, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Gesundheitsförderung sowie amts- und gerichtsärztlicher Dienst sind Grundlage für zielgerichtetes gesundheitspolitisches Handeln.	Bevölkerung
C	S Das gute und regional ausgeglichene medizinische Versorgungsangebot im Landkreis ist auch zukünftig gesichert.	Bevölkerung
D	S Förderung eines gesunden Lebensstils in verschiedenen Altersgruppen und Lebenswelten zur Vermeidung relevanter nicht infektiöser Erkrankungen.	Bevölkerung

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Steigerung des Durchimpfungsgrades im Landkreis Lörrach z.B. durch Aufklärungen, Öffentlichkeitsarbeit und weitere geeignete Maßnahmen.	A 1k1, A 1k2
B 1	S Jährliche Sammlung und Auswertung / Interpretation von verfügbaren lokalen Gesundheitsdaten.	B 1k1, B 1k2
C 1	S Einschätzung der aktuellen sowie zukünftigen ambulanten basisärztlichen Versorgungssituation im Landkreis Lörrach.	
C 2	S Jährliche Einberufung des Forums der GK zur Sicherstellung der ambulanten basisärztlichen Versorgung, um für sich abzeichnende Versorgungsengpässe geeignete Lösungsansätze zu entwickeln.	
C 3	S Erarbeitung von Vorschlägen zur Sicherstellung der ambulanten basisärztlichen Versorgung.	
D 1	S Jährliche Entwicklung von Empfehlungen bzw. Maßnahmen mit Hilfe der erhobenen Daten für den Kreistag / Gesundheitskonferenz z.B. im Rahmen einer Fachplanung Gesundheit.	
D 2	S Vernetzung der wesentlichen Akteure aus dem Bereich Gesundheit in der kommunalen Gesundheitskonferenz durch regelmäßigen Austausch, mindestens jährlich.	D 2 k1
D 3	S Jährliche Förderung von niederschweligen Bewegungsangeboten mit Ernährungsberatung für verschiedene Zielgruppen.	D 3 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Beratung der Erziehungsberechtigten bei der Vorschuluntersuchung.	100%
B 1.1	S Erhobene Daten aus der flächendeckenden Schuleingangsuntersuchung (ESU) sowie epidemiologische Daten aus dem Bereich des Gesundheitsschutzes werden kommunal aufgearbeitet und zugänglich	100%
B 1.2	S Jährliche Präsentation der Ergebnisse in verschiedenen Gremien (z.B. Kreistag / Gesundheitskonferenz).	100%
C 1.1	S Kleinräumige prospektive Bedarfsanalyse der ambulanten basisärztlichen Versorgung.	100%
C 2.1	S Fachaustausch des Forums der GK zur Sicherstellung der basisärztlichen Versorgung.	100%
C 3.1	S Werbung für die Verbundweiterbildung.	100%
D 1.1	S Regelmäßige Sitzungen der Arbeitsgruppen der KGK, bei denen die Erstellung der Handlungsempfehlungen in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle stattfinden.	100%
D 2.1	S Jährliche Durchführung der kommunalen Gesundheitskonferenz, welche die Geschäftsstelle der GK in Zusammenarbeit mit dem Lenkungsreis veranstaltet.	100%
D 3.1	S Förderung von Bewegungsprojekten und Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche.	100%
D 3.2	S Unterstützung von niederschweligen Bewegungsangeboten für Senioren.	100%

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S Aktionen zur Impfaufklärung	ja	ja	Pressearbeit zum Welt-PolioTag
A 1 k2	S Masern Durchimpfungsgrad (in %) der Kinder bei der Einschulungsuntersuchung	95,1	94,2	eine der höchsten Durchimpfungsraten in BW
B 1 k1	S Dokumentation der Daten	ja	ja	wegen mangelnder personeller Ressourcen nur eingeschränkt möglich
B 1 k2	S Präsentation der Daten	ja dig verfügbar		s.Tätigkeitsbericht 20 15/20 16 verfügbar ab 3/20 18
D 2 k1	S Gesundheitskonferenz	1	1	
D 3 k1	S Ausschreibung zur Förderung von Projekten für Kinder und Jugendliche (Themen: Ernährung & Bewegung)	1	1	

GESAMTBETRACHTUNG

Nach dem Inkrafttreten des neuen OGD-Gesetzes 2016 erfolgt eine Neuausrichtung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Richtung Gesundheitsförderung/Prävention/Gesundheitsplanung, welches ein Rückgang der individualmedizinischen beamtenrechtlichen Untersuchungen mit sich führt. Die Gesundheitskonferenz ist im Landkreis Lörrach fest etabliert und tagt einmal jährlich. Die daraus hervorgegangenen Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig und führen die aus der Gesundheitskonferenz hervorgegangenen Aufträge aus bzw. entwickeln weiterführende Ideen und Konzepte. 2017 wurde im Fachbereich Gesundheit eine prospektive kleinräumige Analyse der basisärztlichen medizinischen Versorgung für den Landkreis Lörrach durchgeführt. Hieraus können Handlungsschwerpunkte entwickelt werden, die darauf zielen, die hausärztliche Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft sicherzustellen. Das 2016 in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft für die Bekämpfung der Stechmücken (KABS) begonnene Monitoring betreffend die Asiatische Tigermücke, wurde 2017 fortgesetzt. Mit Hilfe der Bevölkerung wurde eine etablierte Population der Asiatischen Tigermücke entdeckt, deren Bekämpfung sogleich eingeleitet werden konnte. Die im Gesundheitsamt angesiedelte HIV/Aids Beratungsstelle konnte in den beiden vergangenen Jahren einen Anstieg der Beratungen um 30% verzeichnen. Der KJGD (Kinder- und jugendärztlicher Dienst) hat den gesamten Einschulungsjahrgang vollständig untersucht und legt mit den umfangreich erhobenen Daten eine wichtige Grundlage für die Gesundheitsberichterstattung in diesem Bereich. Der Landkreis Lörrach hat eine der höchsten Durchimpfungsraten für Masern in Baden-Württemberg. Angestrebt ist ein Durchimpfungsgrad von 95,1%, der die Ausrottung der Masern bedeuten würde.

Teilergebnisrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege 41.40

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässiger Mehraufw. 2017	Ermächtigungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	167.629,93	166.000	169.427,92	3.427,92	0	0	3.427,92-	0
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	490,00	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.507,73	14.200	15.081,19	881,19	0	0	881,19-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	153,17	0	0	0	0	0	0	0
11	= Ordentliche Erträge	177.780,83	180.200	184.509,11	4.309,11	0	0	4.309,11-	0
12	- Personalaufwendungen	678.201,58-	720.082-	707.611,96-	12.470,26	0	0	12.470,26-	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57.057,29-	64.390-	59.141,82-	5.248,62	0	0	5.248,62-	3.000,00-
15	- Abschreibungen	3.009,68-	2.900-	3.090,44-	190,44-	0	0	190,44	0
17	- Transferaufwendungen	22.290,33-	40.600-	39.548,11-	1.051,89	0	0	1.051,89-	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.976,53-	152.989-	102.580,95-	50.408,01	0	0	50.408,01-	47.200,00-
19	= Ordentliche Aufwendungen	843.535,41-	980.962-	911.973,28-	68.988,34	0	0	68.988,34-	50.200,00-
20	= Ordentliches Ergebnis	665.754,58-	800.762-	727.464,17-	73.297,45	0	0	73.297,45-	50.200,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	51.284,08	14.742	33.323,40	18.581,40	0	0	18.581,40-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	87.607,76-	96.906-	96.416,04-	489,78	0	0	489,78-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	163.785,24-	178.191-	178.309,42-	118,53-	0	0	118,53	0
54	- Aufwand für LuK	58.796,54-	57.162-	59.207,40-	2.045,09-	0	0	2.045,09	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	43.343,18-	51.446-	48.320,93-	3.125,46	0	0	3.125,46-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	868.103,04-	923.253-	771.212,11-	152.041,17	0	0	152.041,17-	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	1.170.351,68-	1.292.217-	1.120.142,50-	172.074,19	0	0	172.074,19-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.836.106,26-	2.092.978-	1.847.606,67-	245.371,64	0	0	245.371,64-	50.200,00-

Teilfinanzrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege 41.40

Dr. Claudia Lappe, FBL Gesundheit - Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässige Mehrausz. 2017	Ermächtigungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	169.513,66	180.200	177.919,28	2.280,72-	0	0	2.280,72	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	855.849,05-	978.062-	895.507,75-	82.553,87	0	0	82.553,87-	50.200,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	686.335,39-	797.862-	717.588,47-	80.273,15	0	0	80.273,15-	50.200,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.975,53-	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.975,53-	0	0	0	0	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	2.975,53-	0	0	0	0	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	689.310,92-	797.862-	717.588,47-	80.273,15	0	0	80.273,15-	50.200,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	689.310,92-	797.862-	717.588,47-	80.273,15	0	0	80.273,15-	50.200,00-

52.10 Baurecht

Ziele & Kennzahlen

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht - Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A	S Die Energieeffizienz ist erhöht und der Anteil an erneuerbaren Energien (Wärme und Strom) gesteigert im Gebäudesektor allgemein.	Einwohner/innen, Bauherren, Heizungsbauunternehmen, Kommunen
B	Rechtssichere und dienstleistungsorientierte städtebauliche Entwicklung im Landkreis Lörrach wird sichergestellt.	Einwohner/innen, Kommunen, Bauherren
C	Die Sicherheit von baulichen Anlagen wird gewährleistet und der schonende Umgang mit der endlichen Ressource Boden wird sichergestellt (Verhinderung der Zersiedelung der Landschaft und des Entstehens baurechtswidriger Zustände).	Einwohner/innen, Kommunen, Bauherren

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1	S Beratung hinsichtlich der Verpflichtungen nach den Wärmegesetzen und der EnEV sowie deren Kontrolle und Durchsetzung der Maßnahmen	A 1k1
B 1	Kompetente und dienstleistungsorientierte Beratung und Durchführung von Bauverfahren.	B 1k1, B 1k2, B 1k3
B 2	Kompetente und dienstleistungsorientierte Beratung und Koordination in der Bauleitplanung sowie rechtliche Prüfung von Bauleitplänen.	
C 1	Sicherstellung des vorbeugenden Brandschutzes und der bautechnischen Sicherheit.	C 1k1
C 2	Durchsetzung und Wahrung bauplanungsrechtlicher und bauordnungsrechtlicher Zustände.	C 2 k1

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1	S Beratung der betroffenen Bürger und Beteiligten (Heizungsbauunternehmen usw.) und Überwachung sowie Durchsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen	60 %
B 1.1	Durchführung der Verfahren innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist.	92 %
B 1.2	Rechtssichere Entscheidungen werden getroffen.	100 %
B 1.3	Bürgern werden Entscheidungen transparent nahe gebracht.	100 %
B 1.4	Beratung von Bürgern und Gemeinden im Rahmen von Bauverfahren.	100 %
B 2.1	Koordination der öffentlichen Belange des Landkreises Lörrach in der gemeindlichen Bauleitplanung.	100 %
B 2.2	Koordination der öffentlichen Belange des Landkreises Lörrach in Teil-/Regionalplänen.	100 %
B 2.3	Zeitnahe und kompetente Beratung zu bauplanungsrechtlichen Fragen.	100 %
B 2.4	Erstellung von bauplanungsrechtlichen Stellungnahmen im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung.	100 %
C 1.1	Prüfung und Sicherstellung der Beseitigung von Mängeln an Feuerungsanlagen.	100 %
C 1.2	Durchführung von wiederkehrenden Prüfungen an Sonderbauten durch Brandverhütungsschauen.	88 %
C 1.3	Durchführung von wiederkehrenden Prüfungen von privaten Aufzugsanlagen.	100 %
C 2.1	Information der Öffentlichkeit als vorbeugende Maßnahme zur Verhinderung illegaler Bauten in der Landschaft.	100 %
C 2.2	Erlass und Durchsetzung von förmlichen Entscheidungen (Baueinstellung, Nutzungsuntersagung, Abbruchverfügung, Duldungsverfügung usw.).	100 %
C 2.3	Bearbeitung von Anträgen zur Löschung von Baulasten.	95 %
C 2.4	Bearbeitung und Ausstellung von Abgeschlossenenheitsbescheinigungen nach dem WEG.	100 %
C 2.5	Durchführung von Baukontrollen und Abnahmen bei gewerblichen und öffentlichen baulichen Anlagen.	97 %

KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k 1	S Anzahl der Objekte	1400	1751	nochmals Anstieg der Fallzahlen, Aufgabenkritik und Analyse in 2018 erforderlich erhöhte Fallzahlen und zu Beginn des Jahres Vakanzen
B 1 k 1	Anteil der fristgerechten Bearbeitung von Anträgen in %	100	92	
B 1 k 2	Anteil der verlorenen Streitverfahren an der Gesamtzahl der Widersprüche und Klagen in %	2	0	
B 1 k 3	Anteil der Widersprüche und Klagen im Vergleich zur Anzahl der Bauverfahren in %	10	10	
C 1 k 1	Durchführung der fälligen BVS : 100 %	100	88	Stellenvakanzen, neuer Mitarbeiter keine Befähigung BVS durchzuführen
C 2 k 1	Anzahl der geprüften Objekte	422	566	mit Koordination Baugesuche

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis übersteigt bei den Erträgen den Ansatz um ca. 209.000 Euro. Dies ist auf Mehreinnahmen bei den Baugenehmigungsgebühren und auf Gebühreneinnahmen durch Einschreiten gg. baurechtswidrige Zustände zurück zu führen.

Gebühren in Höhe von 350.000 EUR ergaben sich allein durch 16 große Bauvorhaben.

Aufgrund von Gebührenfreiheit sind dem Landkreis Lörrach Gebühren in Höhe von 42.300 EUR entgangen.

Für den Haushalt 2018 wurde der Einnahmeansatz nochmals nach oben angepasst.

Aufgrund von Stellenvakanzen im Bereich der Kreisbaumeister und im Team Baurecht kam es in der ersten Jahreshälfte zum Teil zu längeren Bearbeitungszeiten.

Das strategische Ziel den Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf zu erhöhen, wird weiterhin erfolgreich umgesetzt.

Teilergebnisrechnung

Baurecht 52.10

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässiger Mehraufw. 2017	Ermächtigungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.063.087,79	978.200	1.138.503,89	160.303,89	153.500,00	0	6.803,89-	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.882,87	11.000	19.141,06	8.141,06	0	0	8.141,06-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	22.879,09	1.000	36.500,00	35.500,00	0	0	35.500,00-	0
11	= Ordentliche Erträge	1.103.849,75	990.200	1.194.144,95	203.944,95	153.500,00	0	50.444,95-	0
12	- Personalaufwendungen	776.769,12-	782.315-	799.372,29-	17.057,64-	0	0	17.057,64	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.783,41-	34.133-	37.044,21-	2.911,37-	1.423,60-	25.400,00-	23.912,23-	0
15	- Abschreibungen	2.290,35-	0	1.654,57-	1.654,57-	0	0	1.654,57	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.149,74-	48.601-	41.642,58-	6.958,38	113.882,33-	11.000,00-	131.840,71-	32.700,00-
19	= Ordentliche Aufwendungen	851.992,62-	865.048-	879.713,65-	14.665,20-	115.305,93-	36.400,00-	137.040,73-	32.700,00-
20	= Ordentliches Ergebnis	251.857,13	125.152	314.431,30	189.279,75	38.194,07	36.400,00-	187.485,68-	32.700,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	1.367,30	1.898	825,00	1.072,50-	0	0	1.072,50	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	39.660,00-	51.959-	51.993,21-	34,29-	0	0	34,29	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	91.716,14-	89.120-	84.071,34-	5.048,63	0	0	5.048,63-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	64.370,28-	70.011-	72.887,24-	2.876,38-	0	0	2.876,38	0
54	- Aufwand für IuK	30.864,66-	30.177-	30.651,27-	474,37-	0	0	474,37	0
55	- Aufwand für Steuerungs-/unterstützung	43.851,21-	50.330-	47.272,40-	3.057,59	0	0	3.057,59-	0
60	- Kalkulatorische Kosten	15.668,83-	15.233-	15.313,67-	81,11-	0	0	81,11	0
70	= Kalkulatorisches Ergebnis	284.763,82-	304.932-	301.364,13-	3.567,57	0	0	3.567,57-	0
90	= Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	32.906,69-	179.780-	13.067,17	192.847,32	38.194,07	36.400,00-	191.053,25-	32.700,00-

Teilfinanzrechnung

Baurecht 52.10

Nicole Issler-Burger, FBL Baurecht - Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2016	PLAN 2017	IST 2017	Vergleich PLAN / IST 2017	Zulässige Mehrausz. 2017	Ermächtigungen aus 2016	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2017	übertragene Ermächt. nach 2018
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.131.474,94	990.200	1.077.945,15	87.745,15	153.500,00	0	65.754,85	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	818.283,78-	865.048-	855.397,36-	9.651,09	115.305,93-	36.400,00-	161.357,02-	32.700,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	313.191,16	125.152	222.547,79	97.396,24	38.194,07	36.400,00-	95.602,17-	32.700,00-
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.707,24-	0	5.817,67-	5.817,67-	5.817,67-	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.707,24-	0	5.817,67-	5.817,67-	5.817,67-	0	0	0
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	5.707,24-	0	5.817,67-	5.817,67-	5.817,67-	0	0	0
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	307.483,92	125.152	216.730,12	91.578,57	32.376,40	36.400,00-	95.602,17-	32.700,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	307.483,92	125.152	216.730,12	91.578,57	32.376,40	36.400,00-	95.602,17-	32.700,00-